

Antrag Nr. 0080/2005/AN
Antragsteller: SPD-Fraktion
Antragsdatum: 08.12.2005

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Kinder- und Jugendamt

Heidelberger Bündnis für Familien

Antrag

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Beratungsergebnis	Handzeichen
Gemeinderat	16.02.2006	Ö		
Jugendhilfeausschuss	03.05.2006	N		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1.

Antrag Nr. 0080/2005/AN

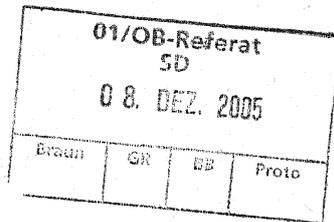


Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg

Oberbürgermeisterin
der Stadt Heidelberg
Frau Beate Weber
- Rathaus -

69117 Heidelberg



Werner Brants
Karl Emer
Thomas Krczal
Reiner Nimis
Margrit Nissen
Roger Schladitz
Dr. Anke Schuster
Imtraud Spinner
Lore Vogel
Dr. Karin Werner-Jensen

Bergheimer Str. 88
69115 Heidelberg
Telefon 06221-166767
Telefax 06221-619808
e-mail:
SPD-Fraktion-heidelberg@t-online.de
www.spd-fraktion-heidelberg.de

Datum: 2.12.05

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

Für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen wir gem. § 24 der Gemeindeordnung eine Sachstandsinformation zu folgendem Thema:

Heidelberger Bündnis für Familien

- Bericht der Verwaltung
Was wurde bereits in Heidelberg umgesetzt?
Was wurde in Zusammenhang mit der Metropolregion Rhein-Neckar umgesetzt?
Ausblick auf die kommenden Jahre 2006/07, was ist weiterhin geplant?
- Diskussion und Aussprache

Begründung:

Im Dezember 2003 ist vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die bundesweite Initiative „Lokale Bündnisse für Familien“ ins Leben gerufen worden. Inhaltlicher Schwerpunkt der Kampagne ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bereits existierende Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, sind aufzunehmen und fortzuentwickeln. Für das Bündnis sollen Betreuungseinrichtungen, Schulen, Elterninitiativen, Parteien, Verbände, Kirchen, Unternehmen, Gewerkschaften und weitere gesellschaftliche Akteure gewonnen werden, auch in regionalen Bündnissen.

Die „Familienfreundlichkeit“ der Städte und Gemeinden in unserem Land entscheidet zunehmend über die weitere Entwicklung der Kommune insgesamt. Wandern vor allem die jungen Leistungsträger ab, besteht die Gefahr einer Überalterung der Bevölkerung, mit all ihren schwerwiegenden Folgen für die sozialen Sicherungssysteme und die soziale Infrastruktur. Hier hilft nur ein entschiedenes Gegensteuern und die Schaffung familienfreundlicher Strukturen in allen Lebensbereichen. Kinder und deren Eltern müssen sich in Heidelberg wohlfühlen.

Die notwendigen Unterschriften sind als Anlage beigefügt.

gez. SPD-Fraktion